Stellungnahme des Vorstandes des Willy-Brandt-Kreises zum Israel-Iran-Krieg vom 22. Juni 2025

Der völkerrechtswidrige Angriff der Regierung Netanjahu am 13. Juni 2025 gegen iranische zivile Ziele, die auch Zivilisten getötet haben und Nuklearanlagen, die lange unter Beobachtung und Kontrolle der Internationalen Atomenergie Agentur IAEA standen, ist ein fataler Schritt, der kurzfristig die Eskalation und längerfristig die nukleare Verbreitung vorantreibt und die Kriegsgefahr in der instabilen Region erhöhen kann. Dadurch kann das Gegenteil von dem erreicht werden, was von vielen erhofft wird, nämlich Stabilität, Frieden und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region. US-Präsident Trumps Entscheidung, die Nuklearanlagen in Fordo, Natanz und Esfahan, während laufender Verhandlungen und trotz einer selbst angekündigten zweiwöchigen Beurteilungspause, am 22. Juni 2025 bombardieren zu lassen, zerstört die jahrelangen diplomatischen Initiativen, an denen vier vorherige US-Präsidenten sowie die Europäer beteiligt waren, mit einem Schlag. Zudem wurde die aktuelle diplomatische Initiative Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands düpiert.

Die Begründung für den Angriff zweier Nuklearwaffen besitzenden Staaten, Israels und nun der USA, auf Nuklearanlagen eines souveränen Staates und Mitgliedes des Nichtverbreitungsvertrages ohne parlamentarische Zustimmung in ihren Staaten, ist ein angeblich fortgeschrittenes iranisches Nuklearwaffenprogramm, das eine unmittelbare Bedrohung für Israel darstellen würde. Sowohl die US-Geheimdienste als auch die IAEA haben in den letzten Wochen mehrfach erklärt, dass Iran nicht die Entscheidung für den Bau von Nuklearwaffen getroffen hat. Eine diplomatische Lösung des iranischen Nuklearproblems ist nun extrem schwierig.

Die militärischen Angriffe sind zweifelsohne ein schwerer Rückschlag für die iranischen Nuklearfähigkeiten; das extensive Wissen um den Bau einer Nuklearwaffe sowie Kernelemente des Programmes, sind aber weiter intakt. Im Iran könnten sich nun die Kräfte durchsetzen, die den Austritt des Iran aus dem Nichtverbreitungsvertrag fordern und die nukleare Bewaffnung forcieren wollen. Wenn es nicht gelingt, die Nuklearkrise im Iran zu lösen, wird das Vertrauen in das globale Nichtverbreitungssystem weiter schwinden und mehr Staaten dazu ermutigen, den Einsatz von Nuklearwaffen zu erwägen, um Angriffe anderer nuklear bewaffneter Staaten zu vereiteln.

Wir appellieren an die Kriegsparteien und ihre Unterstützer, sich ans Völkerrecht zu halten, eine sofortige Beendigung der gegenseitigen Angriffe zu vollziehen und diplomatische Lösungen und Initiativen zu suchen, um eine Eskalation und Ausweitung der Kampfhandlungen zu verhindern. Diplomatische Lösungen für eine Stärkung des Nichtverbreitungssystems in der Region sind dringend notwendig. Von den europäischen Regierungen erwarten wir, dass sie die von den USA präferierte militärische Lösung nicht unterstützen, vermittelnd eingreifen und Strategien für neue Initiativen entwickeln.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorsitz
Peter Brandt
Daniela Dahn
Rainer Land
Hans Misselwitz
Götz Neuneck